

Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8 A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at

Nr. 1, März 2007

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wer ruiniert unsere Welt?



AKW verhindert Klimakatastrophe

„Der Mensch ruiniert das Klima der Erde“. So und ähnlich lauteten die Titel verschiedener Leitartikel in den österreichischen Tageszeitungen Anfang Februar anlässlich der Veröffentlichung des britischen Klimareports (Sternreport) und des UN-Klimareports (IPCC-Bericht)

Wurden die Zeichen des Klimawandels in den letzten 15 Jahren meistens verharmlost und als einmalige bzw. vorübergehende Phänomene bezeichnet, ist heute, angesichts all den Wetterveränderungen bis hin zu Umweltkatastrophen etc. nicht mehr zu verheimlichen, dass wir es mit einem grundlegenden Klimawandel zu tun haben.

Nun heißt es seitens der Politik und der Medien verstärkt, der Mensch, d.h. wir alle sind gleichermaßen Schuld an der Klimakatastrophe und es gibt immer wieder Tipps, was wir dagegen tun sollen, wie z.B. das Auto zu Hause stehen lassen, Stromsparen etc.

Die meisten Menschen können es sich ohnehin nicht leisten, ihr Geld beim Fenster raus zu werfen. Doch diese Propaganda, wir sind alle schuld, ist auch eine bewusste Irreführung der Menschen. So soll von den wirklichen Ursachen für die verheerenden Folgen der Erderwärmung abgelenkt werden.

Auf die Folgen der Klimaerwärmung haben verantwortungsbewusste Forscher schon seit vielen Jahren hingewiesen, bis jetzt vergeblich. Notwendige grundlegende Änderungen sowohl bei der

Energieerzeugung als auch bei der Produktion sind bisher ausgeblieben, weil das eine Einschränkung der Profite der großen Konzerne bzw. ein Infragestellen der Art der Produktion bedeuten würde.

Alternativenergien, wie z.B. Windenergie, Biomasse, Solarenergie sind derzeit nicht profitabel genug. Profitabel ist bis heute „Weitermachen wie bisher“ mit den Folgen der immer größeren Verpestung und Vergiftung von Boden, Luft und Wasser.

Der Klimawandel hat heute schon drastische Auswirkungen auf unser Leben. Doch die einzige Konsequenz, die die Herrschenden nun daraus ziehen, ist nicht, eine grundlegende Veränderung zu initiieren sondern die Menschen im Namen der Umwelt wiederum vermehrt zur Kasse zu bitten!

Wir wollen alle in einer Welt leben, die sauber ist und in der die Umwelt nicht vor die Hunde geht.

Es ist zu vermuten, dass viele Menschen für sich und ihre Kinder sogar freiwillig zahlen bzw. soweit sie könnten, ihren Konsum einschränken, wenn sie sich darauf verlassen könnten, dass dies wirklich zu einem Stopp bzw. Umkehr in der Zerstörung ihrer Welt führen würde. Doch der berechtigte Wunsch der Menschen nach einer intakten Umwelt wird von der Politik heute nur dazu missbraucht, uns wieder zur Kasse zu bitten und damit noch davon abzulenken, dass sie nichts Wirkliches zum Stoppen der Klimakatastrophe unternimmt, denn dann müsste sie die großen Profiteure zur Kasse bitten.

Der britische Klimabericht (Sternbericht), der Anfang Februar veröffentlicht wurde, nennt u. a. den Klimawandel eine „Bedrohung des Lebens auf der Erde“.

Der Autor des Berichts hat berechnet, dass die schlimmsten Risiken und Auswirkungen des Klimawandels noch immer mit tragbaren Kosten vermeidbar sind, wenn die Staaten rasch handeln:

Wenn der Anstieg der Treibhausgasemissionen innerhalb von 15 Jahren gestoppt wird, kann der Anstieg der Erderwärmung auf 2 bis 3 Grad Celcius begrenzt werden. (Eine Erderwärmung in diesem Ausmaß hätte schon schwerwiegenden Folgen auf die Umwelt.)

Die Kosten für diese Maßnahme würden bei ca. 1% des globalen Bruttoinlandsproduktes liegen. Wenn die

Staaten nicht handeln, könnte das langfristig eine Weltwirtschaftskrise verursachen, mit Verlusten von 5% bis 20 % des globalen Bruttoinlandsprodukts.

Dem jetzigen britischen Klimabericht wurde wohl auch deswegen soviel Aufmerksamkeit geschenkt, weil er klarer als je zuvor den Konzernen verspricht bzw. vorrechnet, „dass Maßnahmen gegen den Klimawandel neue Märkte schaffen, zum Beispiel für kohlenstoffarme Energietechnologien und andere kohlenstoffarme Waren und Dienstleistungen“.

Der Sternbericht ist ein konservativer Bericht, er erwägt keine grundlegenden Veränderungen, der Schaden soll begrenzt werden. Doch nicht einmal das wollen die Herrschenden.

Es sieht nicht so aus, als ob sich die führenden Industriestaaten selbst auf diese moderaten Maßnahmen gegen die Erderwärmung einigen können.

Die Klimaforscher schlagen immer lauter Alarm, denn es ist schon 5 nach 12!

„Wir wissen, dass die Treibhausgaskonzentrationen der Erde in der Atmosphäre heute höher als je zuvor in den letzten 650 000 Jahren sind“ (Prof. T.Stocker-Prof. f. Umwelt-u. Klimaphysik Bern)

Es drohen Hitzewellen, Meeresspiegelanstieg, Flutkatastrophen und Wirbelstürme, die Arktis wird eisfrei....

Der 2.Klima Bericht (IPCC Bericht), „der Expertengruppe zur Klimaentwicklung“, einer UN-Unterorganisation, den 600 Wissenschaftler verfassten, prophezeit eine Zunahme von extremen Wetter-Phänomenen wie Wirbel- oder Staubstürmen, Hagel oder sintflutartigen Regenfällen. Dazu kommen regionale Hitzewellen, Dürren und die zunehmende Meeresversalzung. Es kommt zu einer zunehmenden Erderwärmung. Im günstigsten Fall kommt es (bis 2099) zu einem Temperaturanstieg um 1,8 bis 4 Grad Celsius und das ist schon katastrophal. Es kommt zu einem Anstieg des Meeresspiegels mit der Folge von Überschwemmungen, ja Überflutungen von am Meer liegenden Gebieten, z.B. in Holland und Norddeutschland, z.B. an der norditalienischen Adria, weiters bei einigen griechischen Inseln, weiters in Sydney, Bangladesh usw.

In einer ergänzenden Studie zeigten Wissenschaftler auf, dass wir die wärmste Periode seit 1300 Jahren erleben, dass es zum Ende des Jahrhunderts z.B. im Norden Österreichs um 6,1 % mehr Niederschläge, im Süden um 3,6 % mehr Niederschläge geben wird. Seriöse Berechnung sagen voraus, dass die Alpengletscher sicher schmelzen werden...und dass z.B. die Flussläufe die kommenden Wassermassen nicht aufnehmen können. Die Erderwärmung, die global mit mindestens 2 % Grad prognostiziert wird, wird bei uns in den Alpen eine Erwärmung von, im moderaten Fall, 3,5 bis 4 Grad bedeuten, weil Landmassen sich stärker als Ozeane erwärmen. Das hieße, z.B. laut dem Klimatologen Formayer: „Fichten werden nicht überleben...“ „Im Extremfall wird der Osten Österreichs zur Steppe, es wird keine Wälder mehr geben.“...

„Schöne Aussichten!!“

Soweit die erschreckenden Tatsachen, wenn man sich auf die jüngst in den Zeitungen veröffentlichten neuesten wissenschaftlichen Studien bezieht.

Ursache der globalen Erderwärmung ist, wie längst bekannt, dass zuviel CO₂ in die Luft geblasen wird. Laut UN-Experten ist die Ursache dafür zu 90% das Verbrennen von fossilen Energieträgern.

Und daran, so wollen uns nun Medien bzw. die Politik wieder massiv einreden, ist – wiederummal- der Mensch schuld, der Energie verbraucht, der Alu Dosen kauft, der Auto fährt usw. Wieder einmal will man uns weismachen, dass jeder von uns die Erderwärmung verursacht hat und dass es nun an jedem Einzelnen liege, ob die Klimakatastrophe noch zu stoppen sei. Welch ein Hohn!

Als ob wir entscheiden könnten, wie und was produziert wird, als ob wir gefragt würden, wie viel CO₂ in die Luft geblasen wird, als ob wir entscheiden könnten, ob statt dem Benzinauto ein leistbares Elektroauto oder ein anderes umweltfreundliches Verkehrsmittel rechtzeitig auf den Markt kommt. Wir werden nicht einmal gefragt, ob die preiswerten und umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrsmittel ausgebaut werden sollen. Im Gegenteil!

Selbst bei diesem Thema betreibt die Politik, im Interesse der Auto-, der Frächter- u. der Öllobby in den meisten EU-Ländern, so auch bei uns, nicht die Förderungen und den Ausbau der umweltfreundlichen Schiene, des Öffentlichen Verkehrs sondern umgekehrt, bei uns heißt die Devise Straße statt Schiene, LKW über alles!

Einzig die Schweiz baut zügig ihr Eisenbahnnetz aus.(Seit 2 Jahrzehnten gibt es u.a. in Österreich im Ministerium Studien, die zeigen, dass sowohl der Verkehr in und um Wien ebenso wie der Verkehr in Österreich insgesamt die bestmögliche Option zur Reduktion des Verkehrschaos ist und natürlich wesentlich umweltfreundlicher ist als PKW geschweige den LKW.)

Laut deutschem Umweltministerium werden die Straßen durch einen 40 t schweren Laster etwa 60 000 mal so stark belastet wie durch einen PKW. Ein LKW Betreiber bezahlt derzeit auf ehemaligen Bundesstraßen nur 42% und auf Landes – und Gemeindestraßen gar nur 12% der Kosten für die Straßenbenützung. (Ganz abgesehen von den Gesundheits-, Umwelt und Unfallfolgekosten...) Laut VCÖ wird der LKW Verkehr, sprich die privaten Frächter, jährlich mit 3,5 Milliarden subventioniert, also von der Allgemeinheit, also durch unsere Steuern bezahlt.

Oder anders gesagt: Die Frächterlobby kostet die Steuerzahler im Jahr 4,4, Milliarden Euro, die Frächter bezahlen aber nur 0,9 Mrd.

Die Profitwirtschaft, die Über- und Wegwerfproduktion verursacht die Erderwärmung mit all den schrecklichen Folgen und wir sollen nun dafür aus unseren Steuern bezahlen, dass die Wirtschaft an dem was sie angerichtet hat, wieder verdient.

Die Erdöl-Konzerne gehören ebenso wie die Automobil-Konzerne zu den größten Profiteuren aller Unternehmen. „Öl-Multis. Umsätze und Gewinne klettern auf neue Höchststände“ (Presse 2.2.2007)

Exon-Mobil, das weltgrößte Unternehmen hat 2006 sagenhafte 30 Milliarden Dollar Gewinn gemacht, das ist der größte Gewinn den jemals ein US-Unternehmen erwirtschaftet hat. (Der Umsatz betrug 377 Milliarden Dollar.) Exxon ist ja auch im irakischen Ölgeschäft engagiert. Auch die Nr.2 auf dem westlichen Energiemarkt, Shell, verdiente 2006 25 Milliarden Dollar.

Der Executiv-Direktor des Shell-Konzerns in den Niederlanden J.van der Veer, verlangte neulich in der Presse in einem Artikel mit dem bezeichnenden Titel „Klima des Wandels“, 2. Februar), dass „die Regierungen in Europa geeignete Anreize und Regelungen“ für die Industrie zur Reduktion des CO₂ beschließen sollen... „Eine Unterstützung in Form von öffentlichen Mitteln würde zu einer umfassenden Nutzung dieser Technik (zur CO₂ Reduktion) beitragen“. Der Top-Manager sagte u. a. weiter, dass Shell „schon jetzt einer der größten Anbieter von Biokraftstoffen weltweit“ ist und das Ziel von Shell u. a. sei, „alternativen Energiequellen wie Wind und Sonnenenergie sowie Wasserstoff“, in die sie schon 1 Milliarde Dollar investiert haben, „langfristig zu einem substanziellen Geschäft auszubauen.“

Um das geht es: Solange das Geschäft mit dem Öl lukrativ ist, wird das CO₂ in die Luft geblasen und das Klima der Erde ruiniert, mit all den genannten Folgen. Das Kyoto-Protokoll ist völlig freiwillig. So legt keine Regierung den Multis hier Beschränkungen auf. D.h. solange es Erdölvorräte gibt, werden sie wie bisher ausgebeutet und verwertet.

Wenn die Regierungen jedoch die alternativen Energiequellen bzw. Technologien ausreichend aus unseren Steuergeldern fördern, dann werden die Multis mit diesen ebenfalls riesige Geschäfte machen.

Die Folgen der Erderwärmung sind bis dahin unumkehrbar und wir hinterlassen unseren Kindern eine Welt, in der die Sonne längst gefährlich geworden ist, eine Welt, in der Luft, Erde und Wasser immer weiter vergiftet werden, eine Welt, in der die USA in einem Jahr für ihr Militärbudget mehr Geld ausgibt (700 Milliarden Dollar), als für die wirksame Bekämpfung der Erderwärmung nötig wäre. Laut dem UN-Beauftragten J. Ziegler kann man für ca. 100 Milliarden Dollar die Zerstörung der Wälder stoppen, gegen die Bodenerosion ankämpfen, die Ozonschicht

schützen gegen den Sauren Regen kämpfen, die Erwärmung des Planeten bekämpfen und alternative Energien entwickeln. Und selbst wenn es noch 10 Mal soviel kosten würde, den Klimawandel zu stoppen, das Geld ist da und zwar bei denen, die die Klimakatastrophe verursacht haben!

Die USA, die 25 % des Welt CO₂Ausstoßes verursacht und 25% des Erdöls der Welt verbraucht, sagt jedoch NEIN zur Reduktion ihres CO₂.

So lehnte S. Bodman, der US-Energieminister der Regierung Bush, am 4.2.2007, als Antwort auf den IPCC Bericht, verbindliche Grenzwerte für den Ausstoß des Treibhausgases CO₂ ab. Denn die Regierung vertritt direkt die Interessen der großen Konzerne.

Was die Erderwärmung verursacht, wodurch CO₂ erzeugt wird, wissen wir längst.

Die Wege, das CO₂ drastisch zu reduzieren, damit die immer weiter fortschreitende Erderwärmung zumindest im Zaum gehalten wird, sind bekannt.

Die finanziellen Mittel dafür kann man sich nur von den Verursachern holen!

Die großen Industrien, die Konzerne, die die Produkte herstellen und an diesen Milliarden verdienen, sie, die unsere Welt ruinieren, müssen zur Verantwortung gezogen werden.

Sie, die unseren Planeten vergiften, sie müssen das bezahlen.

Wir dürfen sie nicht mehr schalten und walten lassen wie sie wollen, wir dürfen ihnen unsere Welt nicht weiterhin anvertrauen!

Für sie, für die Profiteure, sind unsere ganze Erde, das Wasser und die Luft längst ein Selbstbedienungsladen geworden.

Wenn wir dieser ruinösen Produktionsweise nicht Einhalt gebieten, dann machen sie unsere Welt schon in „Friedenszeiten“ kaputt. Es ist eine „Kriegserklärung“ an uns alle.

Wir können nicht mehr tatenlos zusehen, wie unsere Existenzgrundlagen immer mehr zerstört werden und unseren Kindern die Zukunft genommen wird.

Wehren wir uns bevor die Profiteure unsere Welt noch mehr zerstören!

Ziehen wir sie, die Verursacher der Klimakatastrophe, zur Verantwortung!

EU – Klimaschutz oder Schutz der Atomprofite?

Schon im Jänner hat sich die EU-Kommission im Rahmen ihrer „Energierategie“ für die Atomenergie stark gemacht, weil sie angeblich „billiger“ und „umweltfreundlicher“ sei. Das ist kein Wunder, ist doch fixer Bestandteil der EU die EURATOM, die die Förderung der Atomenergie als oberstes Ziel hat. Allerdings hofft man durch die jetzige Klimadebatte die Gunst der Stunde zu nutzen, den europäischen Bevölkerungen, die mehrheitliche die Atomenergie ablehnen, diese so wieder schmackhaft zu machen.

Der „Frühjahrgipfel der EU“ am 8/9. März 2007 wurde als „Durchbruch für den Klimaschutz“

verkündet. Gleichzeitig wurde aber festgeschrieben, dass die Atomenergie eine „klimafreundliche Energie“ (vorerst zumindest in Frankreich) sei. Auch die deutsche Atomindustrie hat dazu gleich gejubelt.

Österreichs Bundeskanzler Alfred Gusenbauer ließ nach dem Gipfel verkünden, er hätte Schlimmeres verhindert: Wir haben den Faktor der Risiken der Kernenergie in das Gipfeldokument hineinreklamiert.“

Die „Kronen-Zeitung“ unterstützte die Verschleierungspropaganda, indem sie titelte: „Abwehrschlacht beim EU-Gipfel: Österreich trotz der

Atom-Lobby“ (Quelle: Kronen-Zeitung, 10. März 2007).

Umweltminister Josef Pröll musste auf Nachfrage zugeben, dass die Atomenergie mit dem Ergebnis des EU-Gipfels „einen Fuß in der Tür hat“. Und was ist seine Konsequenz daraus? „Daher muss es um Sicherheit, Sicherheit, Sicherheit“ gehen (ORF-Mittagsjournal 10. März 2007). Das heißt, auch Österreichs Verantwortliche akzeptieren die Atom-Aufwertungspläne und streuen mit der Lüge von „sicheren AKW“, oder „Risiken berücksichtigt“, der Bevölkerung wiederum Sand in die Augen. Kein sogenannter „AKW-Sicherheitsstandard“ konnte und kann AKW sicherer machen, siehe das als „modernstes AKW“ propagierte und unfallanfällige (101 Vorfälle bislang) Kernkraftwerk Temelin, oder die jüngsten schweren AKW-Unfälle in Schweden.

Faktum ist und bleibt: die Atomenergie ist weder sicher, noch billig, noch umweltfreundlich. Wie vieler Unfälle bedarf es noch? Sellafield (Windscale, GB) 1957, Harrisburg 1979 (USA), Tschernobyl 1986 (Ukraine), Mihama 1991 (Japan) folgte ein Reaktorunfall im japanischen AKW, Tokaimura 1999 (Japan), Forsmark und Ringhals 2006 bzw. 2007 (beide Schweden) ...

Die Atomindustrie ist die staatlich höchst subventionierte Industrie, zudem sind die Kosten für Endlagerung nicht eingerechnet. Außerdem sind die AKW nicht einmal versichert, weil keine Versicherung auf der Welt das finanzielle Risiko auf sich nimmt. Und was den klimaerwärmenden Kohlendioxid (CO₂)-Ausstoß betrifft, haben neun verschiedene Studien ergeben, dass eine Kilowattstunde (KWh) Atomstrom mit zwischen 28 und 159 Gramm, im Durchschnitt mit 60 Gramm CO₂ pro KWh belastet ist. Eine KWh aus Wasserkraft ist hingegen nur mit 10,3 Gramm CO₂ belastet. Die Atomenergie ist Teil des Klimaproblems (z.B. Uranerzabbau, Bau der Atomanlagen selbst usw.) und nicht dessen Lösung! (siehe: „Ökoenergie, Nr. 66/März 2007).

Hinter der jetzt propagierten Renaissance der Atomkraft steckt aber in Wirklichkeit die Angst der Atomlobby, die fürchtet, ohne entsprechende (Angst-)Propaganda (Energienotstand, Klimakatastrophe) überhaupt keine neuen AKW mehr bauen zu können. Deshalb wird trotz Störfällen, trotz Überalterung der AKW, an der Atomenergie festgehalten. Ein Eingeständnis der Gefahren und der Probleme könnte für die Atombetreiber einen negativen Dominoeffekt auslösen. Sie müssen einerseits Propaganda machen, um Stimmung für ihr Atomgeschäft zu erzeugen, andererseits nicht zu viel Staub aufwirbeln, damit nicht ruchbar wird, wie viele Milliarden und Abermilliarden

an staatlichen Subventionen, also aus unseren Steuergeldern, in die Atomfirmen flossen und fließen, um deren Profite zu sichern.

Die Atomwirtschaft gibt zu, dass man Kohle, Öl und Gas durch Atomkraftwerke nicht ersetzen kann. Um auch nur 10 Prozent der fossilen Energie im Jahr 2050 durch Atomstrom zu ersetzen, müssten bis zu 1.000 neue Atomkraftwerke gebaut werden. Der Bau dieser Anlagen würde – sofern dies überhaupt realisierbar wäre – mehrere Jahrzehnte dauern. Die Uranreserven wären in Kürze (2050) erschöpft. Selbst die IAEA gibt zu, dass die Atomenergie überhaupt nicht schnell genug ausgebaut werden könne, um den Klimawandel zu begrenzen (Quelle: Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW).

Nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern der tatsächliche Ausbau der erneuerbaren Energien wäre zu betreiben. Sollte dafür, sowie für generelle und einheitliche Dämm-Maßnahmen im Wohn- und Häuserbau oder für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu wenig Geld da sein, dann sollte man es sich eben dort holen, wo es der Profitwirtschaft in den Rachen geschmissen : von der Atomindustrie, durch Stilllegung der Atomanlagen, oder von der Industrie, von der Transportwirtschaft (Verkehr), und von der Landwirtschaft, die allesamt ebenfalls vielfach (quer-)subventioniert sind und zusammen für den größten Teil der schädlichen Treibhausgase verantwortlich sind, die zur Klimaerwärmung führen.

Statt bei den tatsächlichen Verursachern anzusetzen, wird so getan, als läge es bloß an unserem Konsumverhalten (z.B. Umweltminister Pröll: die Österreicher sollen im eigenen Land Urlaub machen, statt Fernflüge zu buchen. Doch die meisten Flüge sind Geschäftsflüge ...) . Jedoch: so lange die arbeitenden Menschen keinen wirklichen Einfluss darauf haben was, wie und wofür produziert wird, sind diese Appelle von oben ein bloßes Ablenkungsmanöver. Wir sollen ein schlechtes Gewissen haben, noch tiefer für den „Klimaschutz“ in die Geldbörse greifen und am Ende sind dann wieder nur die Profite der Firmen gestiegen. So wie es mit den bisherigen „Klimaschutzzielen“ schon war. Aufgrund der früheren Verpflichtungen hätte Österreich seinen CO₂-Ausstoß bis 2012 (auf Basis von 1990) um 13 Prozent reduzieren sollen. Tatsächlich stieg der Ausstoß jedoch um 18 Prozent, also liegt Österreichs Industrie um ein Drittel über dem Klimaschutzziel! Das heißt, auch wenn mit den beim jetzigen EU-Gipfel angepeiltem Ziel von minus 20 Prozent bis 2020 ernst gemacht wird – was aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit zu bezweifeln ist – würde Österreich noch immer um 11 Prozent mehr Treibhausgase in die Luft blasen.

Achtung! Heuschrecken!

Dies ist keine Warnung für den bürgerlichen Bereich, sondern für Firmen und Betriebe. Die „Heuschrecken“, das sind die sogenannten „Hedge-Fonds“ - von englisch hedge = Hecke, Umzäunung. Es handelt sich dabei um geschützte Finanzfonds, in denen reiche Leute eine Unmenge von Geld arbeiten lassen und davon eine Unmenge „arbeitsloses Einkommen“ erhalten. Nicht jeder ist bei den Hedge-Fonds zugelassen. Ausserdem unterliegen Hedge-Fonds keinerlei Kontrolle und können daher machen, was sie wollen. Sie müssen keiner Aufsicht Daten zur Verfügung stellen, bilden also weisse Flecken auf der Landkarte der Aufsicht und diese Flecken werden immer größer. Sie „fallen“ über Unternehmen her, kaufen sie in einer Notlage, zwingen sie zu Entscheidungen, die kurzfristig hohe Summen an Gewinn einbringen, saugen diese Gewinne ab und lassen die Unternehmen dann wieder fallen. Dadurch werden unter anderem auch tausende Arbeitsplätze gefährdet. Die Bank Austria-Creditanstalt (BA-CA) ist derzeit eine „Spielwiese für Heuschrecken“, laut deren Sprecher Peter Thier. Obwohl die italienische UniCredit derzeit 95% der BA-CA-Aktien besitzt, haben sich Hedge-Fonds wie „Polygon Investment Partners“ über die restlichen 5%, die sich im Streubesitz befanden, eingekauft und ziehen jetzt alle Sekturregister über Inseraten-Kampagnen, einer eigenen Homepage und werfen der BA-CA vor, dass durch die Umstrukturierung in der BA-CA nur die UniCredit und nicht auch die Kleinaktionäre profitiert hätten. Polygon spielt sich als Vertreter der Kleinaktionäre auf, wobei zu vermerken wäre, dass man, um bei Polygon einsteigen zu können als Mindestinvestment fünf Millionen US-Dollar benötigt. Uns geht es hier nicht um Mitleid mit der BA-CA, es soll mit diesem Artikel lediglich die Moral der Hedge-Fonds aufgezeigt werden.

In Hedge-Fonds legen reiche Familien, Multimillionäre, Milliardäre und Pensionsfonds einen Teil ihrer Ersparnisse an, mit dem klaren Auftrag mehr Rendite als an der Börse zu erzielen. Dabei gibt es keine Moral. Das Einzige, das zählt, ist der Profit mit möglichst hohen Prozentzahlen. Diese Fonds werden derzeit mit Anlagegeldern geradezu überflutet. Die Beteiligungsgesellschaft „Permira“ sammelte zum Beispiel für einen neuen Fonds in drei Monaten weltweit 11 Milliarden Dollar ein. Die Fonds arbeiten in unauffälligen Büros mit wenigen Angestellten und anonymen Strukturen. Uns liegen im Augenblick leider nur die Zahlen aus Deutschland vor: 2003 wurde in Deutschland über Hedge-Fonds 18 Milliarden US-Dollar investiert, 2005 waren es bereits 100 bis 200 Milliarden. Die Macht dieser Fonds wächst. Unkontrolliert und oft auch anonym kaufen sich die Finanzinvestoren im Dienste ihrer superreichen Investoren in Firmen ein und spalten die Belegschaften: in jene, die dazu noch gebraucht werden, um eine möglichst hohe Rendite zu gewährleisten und in jene, die nicht gebraucht, in die Arbeitslosigkeit entlassen

werden und das Sozialsystem belasten, wenn sie keinen neuen Arbeitsplatz finden. Die „Heuschrecken“ machen also einen doppelten Schaden und sie betreiben eine lupenreine Umverteilung vom Faktor Arbeit hin zum Faktor Kapital. Ihr Beitrag zu den Aufgaben der Allgemeinheit wird von ihnen so gering wie möglich gehalten. Die „Neue Zürcher Zeitung“ schätzte vor Kurzem, dass in London rund 9.000 Fonds residieren, mit Konten auf den nahezu steuerfreien Kanalinseln.

Ein konkretes Beispiel aus Deutschland:

GROHE, einst ein Familienunternehmen, Hersteller von Badezimmer-Armaturen, wurde von den Familieneigentümern, die sich ins Privatleben zurückziehen wollten, 1999 für 1,2 Milliarden Euro an den britischen Fonds „BC Partners“ verkauft. BC Partners residiert steuerbegünstigt auf Guernsey. Wie wurde vorgegangen? Die neuen Eigentümer von GROHE brachten nur 390 Millionen Euro an Eigenkapital ein. Für die verbleibenden 810 Millionen wurden Kredite aufgenommen, die sie von den Erlösen des Unternehmens abzahlen ließen. Dann schlossen die neuen Eigentümer von GROHE mehrere Betriebe in Deutschland zusammen, Arbeitsplätze wurden abgebaut. Im Mai 2004 verkauften BC Partners das Unternehmen weiter an die „Texas Pacific Group“ und an die „Credit Suisse First Boston“ für geschätzte 1,5 bis 1,8 Milliarden Euro. So kassierten BC Partners über den Verkaufspreis das Vierfache ihres ursprünglich eingesetzten Kapitals von 390 Millionen. Und wer bezahlt das Ganze? Die Beschäftigten. Das Unternehmen ist überschuldet, Betriebsstätten sollen geschlossen werden. Bis zu 2.700 Arbeitsplätze werden verloren gehen. Nicht alle Fonds handeln so, aber es gilt das Prinzip, dass die Fonds nicht mit den Unternehmen Geld verdienen, sondern an ihnen. Inzwischen werden auch schon Politiker, Börsianer und Banker nervös. „Stürzen Hedge-Fonds die Börse in den Abgrund?“ titelte unlängst die „Wirtschaftswoche“ und verwies auf die Gefahr, wenn sich einige Fonds gleichzeitig verspekulieren und zahlreiche Unternehmen wie ein Kartenhaus zusammenbrechen. Dann könnte die spekulative und zumeist kurzfristige Anlagepolitik der Finanzinvestoren wie der Hedge-Fonds die Stabilität des Weltfinanzsystems bedrohen. Dies, und nicht die Not der Arbeitnehmer, veranlasst jetzt führende Köpfe, auch in der europäischen Politik ein Kontrollsystem für Hedge-Fonds und Beteiligungsunternehmen zu fordern. Das allein wird zu wenig sein, denn in Wirklichkeit geht es um eine neue Moral in der Frage wie die großen Gelder eingesetzt werden sollen. Es kann nicht so sein, dass die Arbeiter alles erwirtschaften und die Kapitalinhaber alles verwirtschaften, noch dazu ohne Reue. Die Weltwirtschaft, vor allem aber die Menschen, brauchen alternative Finanzideen, damit die Raubritter und Heuschrecken leer ausgehen. Auf diese kommen aber nach 2009, laut „GEWINN“ schlechte Zeiten zu. In einem Interview mit dem in der Finanzwelt renommierten Prognostiker Harry S. Dent, der schon einige Trends der Wirtschaftswelt richtig vorausgesagt hat (so zum Beispiel den Kollaps der japanischen Wirtschaft in den

1990er-Jahren), kündigt dieser Fachmann an, dass bis 2009 noch ein steiler wirtschaftlicher Anstieg erfolgen wird. Der Dow Jones, der Index der New Yorker Börse, wird, nach der Ansicht von Dent bis auf 20.000 Punkte ansteigen, derzeit Punkte. Das bedeutet eine Verdoppelung in drei Jahren. Dent stützt seine Berechnungen auf eine Erfahrungsperiode von 200 Jahren, auf demografische, technologische und auf geopolitische Zyklen und er errechnet damit einen positiven wirtschaftlichen Zyklus von 16 bis 18 Jahren, bevor er ins Negative kippt und den Markt nachhaltig beeinflusst. Dent „empfiehlt“ daher, in den nächsten drei Jahren vermehrt anstatt in Aktien und Immobilien (Einbrüche bis zu 60%) in qualitative Anleihen und Fixed-Income-Investments umzuschichten. Wer dennoch auf dem Aktienmarkt bleiben will, der muss die richtige Branche wählen wie beispielsweise den Gesundheitssektor, Wasseraufbereitung, Müllverarbeitung, öffentliche Infrastruktur, Energieversorger, also jene Branchen, die zyklusunabhängig sind. Oder man streut seinen Finanzeinsatz und investiert in Asien und aufstrebenden Märkten. Soweit diese Träume aus einer Welt, die Lichtjahre von der unseren entfernt ist. Was nach 2009 kommt vergleicht Dent mit der Depression der 1930-Jahre in Amerika. Seiner Ansicht

nach geht der Kampf des Westens mit dem Islam weiter, Inflation wird zur Deflation, die Arbeitslosenrate steigt, Unternehmen gehen pleite und es wird vor allem Regionen treffen, die einen demografischen Rückgang aufzuweisen haben, also Amerika, Europa, Russland. Der Aktienmarkt wird um bis zu 50% einbrechen. Das ganze wird nicht kurzfristig sein und sich rasch erholen, sondern Jahre dauern. Die härtesten Jahre kommen zwischen 2010 und 2014, danach gibt es eine kleine Schnaupause und zwischen 2018 und 2022 geht es nochmals hinunter. Diese Prognosen, die die Spekulanten betreffen könnten uns egal sein, denn die sollen ruhig einmal zur Kasse gebeten werden. Aber das Problem ist ja, dass die Kleinen das Ganze ausbaden müssen und die, die jetzt schon kaum durchkommen mit dem bisschen „Almosen“, das andere als Gehalt bezeichnen, auch in der Depression das große Geld für andere erarbeiten müssen, selber aber dann noch weniger haben als heute. Es geht nicht anders, die Verhältnisse müssen umgedreht werden, die Verteilung des Erarbeiteten darf nicht allein von den Spekulanten abhängen. Wir müssen aktiv werden um zu verhindern, dass aller Fortschritt durch den Egoismus einiger weniger Geldhaie zunichte gemacht wird.

Quellen: Publik Forum 23/2006, KURIER, GEWINN

Fabricas Recuperadas – zurückeroberte Fabriken

Als das neoliberale Wirtschaften Argentinien in den späten 1990er Jahren in den Ruin trieb, blieben die Menschen auf der Strecke. Wir haben darüber berichtet. Im Zuge der Wirtschaftskrise war in Argentinien auf Druck des Weltwährungsfonds die Dollarbindung des Peso aufgehoben worden, was bewirkte, dass er ins Uferlose fiel. In der Folge wurde sehr viel Kapital ins Ausland transferiert. Auf dem Höhepunkt der Rezession wurden ab dem Jahr 2000 tausende Fabriken im ganzen Land geschlossen. Die Unternehmer hatten die Fabriken zurückgelassen (allein in der Region Buenos Aires zahlreiche Betriebe mit bis zu 1.500 Beschäftigten), sich selber ins Ausland abgesetzt und sich sehr lange nicht mehr um ihre Firmen gekümmert. Übrig blieben die Arbeiter, die vor dem Nichts standen und keine Ahnung hatten, wie sie überleben sollten. Aus dieser Not heraus, die ihre Ursache im Scheitern des Turbokapitalismus hatte, entstand die Bewegung der fabricas recuperada, der zurückeroberten Fabriken. Beschäftigte aus stillgelegten Betrieben gingen zur Kommunalverwaltung und fragten um Rat, was sie tun könnten. Sie gelangten schließlich zu Luis Caro, einem Mitarbeiter der kirchlichen Sozialpastoral, der bereits Erfahrung mit Kooperativen hatte. Seine Erfahrungen hatte er bei der Unterstützung von Menschen gewonnen, die brachliegendes Land besetzt und Hausbaugenossenschaften gebildet hatten. Der Staat enteignete das Gelände und übergab es den Besetzern.

Nun plante man, bei den verlassenen Fabriken genauso vorzugehen.

Viele konnten sich zunächst eine autonome Lösung gar nicht vorstellen, sie glaubten, dass neue Besitzer die Fabriken übernehmen würden. Auch die offizielle Politik und die Gewerkschaften nahmen diese Haltung ein. Alle waren damals der Meinung, die Betriebe würden als Kooperativen nicht funktionieren. Doch schon im Frühjahr 2001 hatten vier Fabriken wieder mit der Produktion begonnen und Ende 2001 waren es bereits 30. Diese Entwicklung, von einigen wenigen angestoßen, führte schließlich zur nationalen Bewegung der MNFR (Movimiento Nacional de Fabricas Recuperadas por los Trabajadores). Luis Caro wurde ihr Präsident und kann inzwischen stolz auf etwa 120 Betriebe dieser Art hinweisen. 80 von ihnen sind in der nationalen Bewegung zusammengeschlossen. Dazu gehören Metallfabriken, Motorenwerke, ein Krankenhaus und eine Zeitung. Noch immer gibt es aber in Argentinien über 5000 geschlossene Betriebe. Mit einer Reform der Gesetze könnten in kurzer Zeit 500.000 Arbeitsplätze entstehen. „Die Fabriken sind da, die Arbeiter auch“, sagt Luis Caro. Die Aktion ist nicht illegal, sondern wird auf dem Rechtsweg durchgezogen. Die Regierung kann, gestützt auf das Konkurs- und Enteignungsgesetz die alten Fabriksbesitzer enteignen, ihnen eine Abfindung bezahlen (ist bisher jedoch nicht geschehen), Konkursverwalter einsetzen und auch die Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern übernehmen.

Im Anschluss daran überlässt die Regierung die Fabriken dann den Belegschaften.

In einer Reform des Konkursrechtes will man erreichen, dass die Firmen nicht geschlossen, sondern automatisch der Belegschaft übergeben werden. Auch die Bevorzugung der Banken und Gläubiger, wie sie das geltende Recht vorsieht, muß zugunsten der Arbeiter geändert werden. Die Banken und Gläubiger haben derzeit das Recht auf 100% der ausstehenden Schulden plus Zinsen, während die Arbeiter nur das Recht auf die Hälfte ihrer Löhne ohne Zinsen haben. Würde dieses Gesetz in dieser Hinsicht geändert, dann hätten viele Kooperativen die Chance, die Betriebe auch zu kaufen, was jetzt noch kaum möglich ist.

Einige Beispiele für zurückeroberte Fabriken:

1. Die Fabrik Cristales San Justo, eine Produktionsstätte für Autoteile war 2001 über Nacht stillgelegt worden, der Besitzer tauchte nicht wieder auf. Im September 2002 wurde der Betrieb wieder aufgenommen. Zuerst 40, dann 54 Mitarbeiter erhalten monatlich 2000 Pesos – etwa 550 Euro. Arbeitszeit ist von Montag bis Freitag 9 Stunden pro Tag, einmal im Monat wird eine Betriebsversammlung abgehalten. Inzwischen hat die Firma sogar an der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt teilgenommen. Sie war dort unter 4500 Ausstellern aus 70 Ländern die weltweit einzige Firma, die sich in der Hand der Belegschaft befindet.
2. Die ehemals zweitgrößte Schmiede des Landes, früher 450 Arbeiter, später nur noch 120, wurde 2001 geschlossen, nachdem ein Großkunde ausgefallen war. „Wir hatten damals keinen Peso“ sagt einer der Mitarbeiter der Kooperative „La Segunda Forja – die zweite Schmiede“, die jetzt den Betrieb mit 30 Kollegen führt. „Es war vor allem ein Lernen, wie alles geht, von der Buchhaltung bis zum Entwurf eines neuen Eisenteiles, von der Analyse der Marktchancen über Behördengänge und die Kundensuche.“
3. Die Textilfirma Brukman, eine renommierte Marke für Herrenbekleidung in Argentinien, beschäftigte früher bis zu 400 Mitarbeiter mit der Herstellung von Anzügen und Hosen. Zu Weihnachten 2001 machte sich der Fabrikbesitzer aus dem Staub und ließ die Arbeiter ohne Lohn zurück. Trotz mehrerer Räumungen kehrte die Belegschaft immer wieder in den Betrieb zurück und arbeitete weiter bis zum April 2003. Dann war endgültig Schluss und die Beschäftigten durften nicht mehr in die Firma. Aber sie gaben nicht auf und kampierten in einem Zelt neun Monate lang vor der Fabrik – mit Erfolg. Heute gehören die Maschinen und der Markenname Brukman in Form einer Leihgabe

einer Kooperative, das Gebäude ist im Eigentum der Regierung, 70 Personen haben jetzt in dieser Firma einen Arbeitsplatz.

Luis Caro, der Leiter der Bewegung: „Für viele Beschäftigte war die Selbstverwaltung der Ausweg aus dem Elend.“ Was die Zukunft der selbstverwalteten Betriebe betrifft, ist er realistisch: „Wir werden wohl in der Minderheit bleiben. Doch immerhin gehören die Fabricas in einigen Bereichen zu den Marktführern. Und wenn man sieht, dass es vor sechs Jahren noch keine einzige Fabrica Recuperada gegeben hat, ist das, was geschehen ist, eine großartige Leistung.“ Die Beschäftigten der zurückeroberten Fabriken haben eine wichtige Erfahrung gemacht: Vorher waren sie von einem Chef abhängig, heute sehen sie, dass es auch ohne Chef geht und sie können ihre Betriebe als Unabhängige betreten. Was sie erarbeiten, gehört ihnen und wird ihnen nicht weggenommen. Es ist – im Moment zumindest – niemand da, der, wie sonst üblich, sie arbeiten lässt, dann abkassiert und wenn's drauf ankommt, mit dem Geld abhaut und sie durch die Finger schauen lässt. Was anscheinend überall auf der Welt unumstößliches Prinzip ist, dass die arbeitenden Menschen die Werte schaffen und die Oberen und die Aktionäre absahnen, scheint in den Fabricas Recuperadas aufgehoben zu sein.

Wir wünschen den argentinischen Kollegen, die schon einmal von den Nutznießern des Neoliberalismus bestohlen wurden, dass die argentinische Regierung bei der Unterstützung der Bewegung bleibt und nicht dann, nachdem die Arbeiter alles selber wieder aufgebaut haben und die früheren Ausbeuter vielleicht wieder zurückkommen, diesen ihr „altes Eigentum“ zurückgibt, sodass sie die Arbeiter nochmals bestehlen können!

Die argentinischen Kollegen zeigen uns mit ihrer Initiative, dass das nicht ehernes Gesetz ist – dass die einen anschaffen und die anderen für sie hackeln.

Es war auch in der Aufbauzeit nach dem 2. Weltkrieg in Österreich so, dass die Arbeiter die später schlechtgeredete verstaatlichte Industrie ohne Chefs aufgebaut und damit die Basis für unseren Wohlstand geschaffen haben. Die damals als „herrenlose Betriebe“ geltenden Unternehmen wurden anfangs von den Arbeitern ohne Chefs in die Höhe gebracht. Ende der 1940er, anfangs der 1950er Jahre wurden ihnen Chefs vorgesetzt und mit deren Hilfe und der Unterstützung durch die Politik wurden die Betriebe dann an Private ausverkauft (VOEST, OMV, Böhler – Uddeholm, ...). Und was leiten wir daraus ab? Die Menschen sind sehr wohl in der Lage, ihr Geschick in die eigenen Hände zu nehmen und ihre Betriebe in Eigenregie zu führen. Dazu bedarf es nicht erst eines Umweges über eine Wirtschaftskrise wie in Argentinien oder gar eines Krieges.

Quelle: Publik Forum Nr. 22/2006

Darfur – der inszenierte Konflikt

Der deutsche Geograf und Geoarchäologe Dr. Stefan Kröpelin, der seit 25 Jahren im Nordwestsudan über Klima- und Besiedlungsgeschichte der Sahara forscht, weist in einem Artikel in der österreichischen Zeitschrift „International“ darauf hin, dass die humanitäre Krise in der Region Darfur 2004 plötzlich von der amerikanischen Außenpolitik „entdeckt“ wurde und seither in westlichen Medien drastisch dargestellt wird, um die Absichten der amerikanischen Politik zu verschleiern, die darauf aus ist, im Konkurrenzkampf um die Macht einen Zugang zu den afrikanischen Ölreserven zu erhalten und zu sichern. Dadurch wird eine echte und umfassende Hilfe für die Opfer der humanitären Katastrophe in der Region verhindert.

Der ganze Artikel sprengt den Umfang unserer Aussendung. Wir bringen hier eine kurze Zusammenfassung und senden den ganzen Artikel auf Anfrage gerne als Mail oder per Post zu.

Die mediale Schwarz-Weiß-Malerei in amerikanischen Medien und der BBC über die ethnischen Säuberungen der Arabermilizen mit Duldung durch die islamistische Regierung in Khartum fordert die amerikanische „Hilfsbereitschaft“ heraus. In dem riesigen Sudan gibt es große Probleme, die einerseits wie in Darfur mit gigantischer Armut und ebensolchem Bevölkerungswachstum zu tun haben. In nur 50 Jahren ist die Bevölkerung in Darfur von 1,3 auf 6 bis 7 Millionen Menschen angewachsen. Dazu kommen Tatsachen, wie, dass die Regierung in Khartum einerseits zuerst die Zone um die Hauptstadt mit den Erträgen aus den Bodenschätzen des Landes fördert und andererseits den seit Jahrhunderten bestehenden Konfliktlösungsmechanismus in Darfur Mitte der 1980er Jahre zerstörte, indem sie die lokalen Sultanathierarchien zerschlug und die Anhänger des damaligen Premierministers bewaffnete. Wie so oft leidet die Zivilbevölkerung am stärksten unter den zahlreichen regionalen Konflikten und wie überall in ähnlichen Krisengebieten ist ein Mensch weniger wert als ein Fetzen Papier. Zur Vorsicht in der Beurteilung

ermahnen allerdings auch Berichte über Satellitenaufnahmen, auf denen in den angeblich am schlimmsten betroffenen Gebieten keine einzige Hütte niedergebrannt war. Angeblich ziehen die Flüchtlingslager im Sudan und an der Grenze zum Tschad in einer noch eher nomadischen Gesellschaft auch viele Menschen an, die nicht unmittelbar gefährdet sind, aber von den dort erhältlichen Hilfsgütern profitieren möchten. Der Autor meint auch, dass die Hilfsorganisationen aufgrund der geringer werdenden Mittel zu drastischen „Werbemaßnahmen“ greifen, um ihre Apparate aufrecht erhalten zu können.

Es besteht Verwirrung über die Lage im Sudan. Gleichzeitig besteht das Interesse der USA bezüglich der auf der Welt vorhandenen Energiereserven und dabei vor allem von Öl und des Zuganges der USA zu diesen Reserven. Der US-Ölkonzern-Chevron stellte schon 1980 fest, dass im Südsudan größere Ölreserven liegen als im Irak und in Saudiarabien zusammen. Die USA möchten im Sudan präsent sein, um sich auch dort einen Zugang zum Öl offen zu halten. Chinesische und malaysische Firmen haben bereits Konzessionen im Zentralsudan erworben, andere Länder stehen Schlange. Also kann das nächste Ziel der USA nur der westliche Sudan (Darfur) sein. Da kommen ihnen die regionalen Autonomiebestrebungen gerade recht, um einen Vorwand zu haben, die humanitäre Krise in Darfur für ihre militärisch-ökonomischen Interessen zu instrumentalisieren. Dass die amerikanische Außenpolitik dabei über Leichen geht, ist ja keine neue Erfahrung. Auch der besonders in den USA geforderte UN-Militäreinsatz in Darfur wird in diesem Lichte zum vorgeschobenen Feigenblatt für die wahren amerikanischen Interessen. Die Gelder, die die schon bestehende „Peace-Keeping-Mission“ im Südsudan verschlingt und die ein UN-Einsatz kosten würde, wären im Sinne der humanitären Katastrophe besser in finanzieller und technischer Hilfe zur Linderung der schlechten Lebenssituation der Menschen im Sudan angelegt.

Unglaublich

Ist es Dummheit – ist es Leichtsinn. Es ist wirklich unglaublich welche Fahrlässigkeit im Umgang mit radioaktivem Material üblich ist. Abgesehen von den großen Gefahrenquellen der AKWs und der Vogel-Strauß-Politik im Zusammenhang mit der Errichtung neuer AKWs, die man angeblich jetzt wegen des Klimaschutzes braucht. Sonst könnte beispielsweise die Schweiz, laut einem Regierungssprecher, die gesteckten Ziele bezüglich Schadstoffausstoß nicht erreichen – also müssen neue AKWs her. Aber diese Haltung gibt ja der Atomlobby überall in Europa Auftrieb, so als ob es die vielen Störfälle und vor allem Tschernobyl nicht gegeben hätte.

Aber auch im Kleinen: Im Februar 07 gab es auf der Westautobahn in NÖ einen Unfall mit einem

Kleintransporter. Er wurde schwer beschädigt. Die Feuerwehr sollte das Wrack abschleppen. Einer der Feuerwehrmänner entdeckte unter den etwa 250 Paketen eine Schachtel mit einem kleinen Warnaufkleber „Achtung Radioaktivität“. Der brisante Inhalt: Radioaktives Iridium 192, ein Beta- und Gammastrahler, der hauptsächlich in der Krebstherapie eingesetzt wird. „Ein Feuer,“ wie es bei derartigen Unfällen leicht entstehen kann, „hätte unabsehbare Konsequenzen gehabt. Wird Iridium freigesetzt, droht der Stoff über die Brandpartikel eingeatmet zu werden. Bleibende Gesundheitsschäden wären unvermeidlich gewesen.“ Der Unfallwagen war nicht entsprechend gekennzeichnet, wie es die Vorschriften an sich erfordern und dadurch bestand für die Einsatzkräfte

akute Lebensgefahr. Eine Sauerei! Dieser illegale Transport, der nur durch den Unfall entdeckt wurde, ist, laut Behörden kein Einzelfall. Man will nun seitens der Polizei mit aller Härte gegen die „skrupellosen Transporteure“ vorgehen. „Die Lenker der Fahrzeuge wissen oft gar nicht, was sie geladen haben.“ Eine Kennzeichnung der Fahrzeuge und Beförderungspapiere sind unabdingbare

Voraussetzungen für derartige Transporte – wenn der verunfallte Fahrer nicht ansprechbar ist – sind sie die einzige Informationsquelle. Auf den guten Willen der Verantwortlichen ist wieder einmal kein Verlass – der Profit allein zählt – die Gesundheit der Angestellten und anderer Betroffener zählt für diese Geier nicht. Auch für neue AKWs gilt: Profit geht vor Leben – deshalb: **Keine neuen AKWs in Europa**

Hungern für Biosprit?

Wer ist wohl nicht für den Einsatz erneuerbarer Energieträger, wenn dadurch die Klimaerwärmung eingedämmt werden kann. Nun, darauf sind die traditionellen Geschäftemacher auch schon gekommen. Seitdem sie in diesem Markt Profite wittern, diktiert auch dort die „Gesetzmäßigkeit“ des Profitemachens. Das schaut dann z.B. so aus: in den USA haben die dortigen 88 Biodiesel-Fabriken ihre Erzeugung im letzten Jahr verdreifacht. Das hat den Preis für Soja um fast 30 Prozent verteuert. In Mexiko wird Mais zur Energieproduktion verwendet. Die Folge war, dass Mais knapp wurde, die Maispreise und damit die dortigen Brotpreise so stark stiegen, dass sich die Menschen ihr tägliches Brot nicht mehr leisten konnten. Die Medien sprachen von der so genannten „Tortillia-Revolution“. Und wie schreibt die „Presse“ vom 5. Jänner 2007 beiläufig:

„Früher war der Pflanzenöl-Preis von der Lebensmittelnachfrage bestimmt, nun hängt er vor allem vom Erdölpreis ab. Analysten erwarten, dass sich Pflanzenöle, sowie Getreide, weiter verteuern. Händler sehen höhere mögliche Renditen als bei Aktien. Deshalb investieren mittlerweile sogar US-Pensionsfonds in Agrarprodukte.“

Lebensmittel werden also zum Spekulationsgeschäft. Was lernen wir daraus? Solange nicht die Menschen entscheiden, was und wofür gewirtschaftet wird, diktiert das Profitprinzip. Das sei auch jenen ins Stammbuch geschrieben, die meinen, dass eine Wirtschaft, die z.B. im Bereich von erneuerbaren Energien tätig ist, automatisch zum Nutzen der Menschen tätig ist. Unternehmen investieren nur dann, wenn sie sich davon Profite erwarten – und das steht in der Regel dem Nutzen und den Bedürfnissen der Menschen letztlich entgegen (siehe obige Beispiele).

50 Jahre EURATOM sind genug!

**Was haben EURATOM, EU-Mitgliedschaft, EU-Verfassung und Eurofighter gemeinsam?
Atom- und Kriegsbedrohung!**

Nach einer bis dahin beispiellosen Druck- und Angstmakerkampagne wurde 1994 den Österreichern ein „Ja zur EU“ abgepresst. Verschwiegen wurde damals, dass Österreich mit dem Beitritt zur EU 1995 auch zur Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) beigetreten wurde. 2005 wurde von allen Parteien die EU-Verfassung unter Ausschluss einer öffentlichen Debatte im Parlament ratifiziert. Österreich hat zwar Dank dem Volksentscheid-Nein zu Zwentendorf kein AKW zur Stromerzeugung, zahlt aber durch seine EU-Mitgliedschaft via EURATOM, Europäischer Entwicklungsbank (EBRD) und als Mitglied und Standortgeber der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) kräftig mit. Allein die jährlichen Zahlungen Österreichs für EURATOM machen 40 Millionen Euro aus.

Mit dem EU-Beitritt hat sich Österreich der Atomlobby ausgeliefert. Alles Entsetzen bei Atomunfällen oder gar im Zusammenhang mit Tschernobyl ist wieder der Profitmaximierung gewichen. In der EU gelten z. B. höhere Strahlengrenzwerte als früher in Österreich. Seit dem EU-Beitritt 1995 dient die EU als Vorwand, dass Österreich bei EURATOM bleiben müsse, oder dass man ohne Gleichklang in der EU nichts gegen Atomkraftwerke machen könne. Dies führte zum

Temelin-Debakel („Melker Prozess“) und zu der Lüge, dass sogenannte EU-Sicherheitsstandards für AKW zu mehr Sicherheit führen würden. Ähnlich verhält es sich mit der IAEA: Trotz ihres Atom-Neins zahlen die ÖsterreicherInnen für die Atomlobby. Auch die immer wieder unternommenen Versuche, Österreich ein Atommülllager aufzwingen zu wollen, zeigen, dass sich die Atomlobby eine Hintertür für AKW in Österreich offen halten will.

Gegenüber 1989 hat die EU um 22 AKW-Blöcke weniger in Betrieb. Von den weltweit derzeit 450 in Betrieb stehenden AKW kommen viele ins kritische Alter. Deshalb will die Atomindustrie eine Verlängerung der Laufzeiten der überalterten AKW-Anlagen erreichen. Setzt man weiter auf AKW, müssten in den nächsten Jahren laut einer Studie der Europäischen Grünen 280 neue AKW gebaut werden, allein rund um Österreich 12 AKW. Tatsächlich in Bau befinden sich laut IAEA weltweit nur 24 AKW. Das Durchschnittsalter aller AKW liegt bei 22 Jahren. 100 AKW zählen bereits mehr als 30 Betriebsjahre, was die Unfallgefahr enorm steigert.

Unter Österreichs EU-Präsidentschaft 2006 wurden die EU-Gelder für die Atomenergie (Kernfusion und

Kernspaltung) für die Jahre 2007 bis 2013 auf 4,061 Milliarden Euro aufgestockt.

Außerdem wird neben der ständigen Vertuschung von Atomunfällen der breiteren Öffentlichkeit verschwiegen, welcher Ballast für Generationen wegen des Atomgeschäftes für einige Wenige sich noch vor uns auftürmt: 165.000 Tonnen radioaktiven Müll gibt es laut IAEA derzeit, in zehn Jahren sollen es schon 280.000 Tonnen sein!

„Keine zivile und militärische Nutzung der Kernenergie“ durchzuführen, dazu hat sich die Republik Österreich 1999 auch per Verfassungsgesetz verpflichtet. Mit EURATOM und IAEA macht Österreich aber genau das Gegenteil: Es beteiligt sich am nuklearen militärisch-industriellen Komplex der EU. Verstärkt wird dies noch durch die EU-Verfassung. Vorerst liegt die EU-Verfassung, der alle österreichischen Parlamentarier aber schon in vorausgehendem Gehorsam 2005 zugestimmt haben, durch das „Nein“ von Frankreich und Holland auf Eis. An ihrer Inkraftsetzung wird aber emsig gearbeitet. Mit ihr kann der EU-Rat nationales Recht, auch Verfassungsrecht brechen. Mit ihr werden die Mitgliedstaaten unter dem Vorwand der „Friedenssicherung“ zur Aufrüstung verpflichtet. Die EU-Verfassung zieht uns in die zivile und militärischen Atomvorhaben der EU hinein und gefährdet auch unsere Neutralität, die ebenfalls mehr als 80% der ÖsterreicherInnen erhalten sehen wollen. So genannte Schlachttruppen (battle groups) sollen auch in außereuropäischen „Krisengebieten“ eingesetzt werden. Österreich hat seine Beteiligung schon zugesagt. Die EU arbeitet auf eine Militär- und Atommacht hin. Deshalb auch das EU-Kriegsflugzeugprojekt „Eurofighter“, den auch Österreich bestellt hat. Deshalb gibt es ja die EU-„Beistandspflicht“, eine Euro-Armee und EURATOM. Das macht deutlich, dass das besagte Verfassungsgesetz „Keine zivile und militärische Nutzung der Kernenergie“ de facto ein Alibigesetz darstellt, um die Bevölkerung hinters Licht zu führen.

Neues Wettrüsten?

Die USA planen in Polen und Tschechien neue US-Stützpunkte und begründeten dies mit der Bedrohung durch den Iran oder durch Nordkorea. Russlands Präsident Putin sagte daraufhin bei der „Münchener Sicherheitskonferenz“ Mitte Februar 2007, dass diese Stützpunkte eine Bedrohung Russlands bedeuten würden und nichts mit Iran oder Nordkorea zu tun hätten. Kommentatoren argumentierten daraufhin, dass Russland ein neues Wettrüsten in Gang setzen würde.

Tatsache ist, dass ein neuerliches, auch atomares Hochrüsten im Gange ist. Wir sind für die Abschaffung aller Atomwaffen. In der Politik jedoch wird das Spiel „gute“ Atomkräfte gegen „böse“ Atomstaaten gespielt. Zu den „guten“ gehören allen voran die USA, aber auch Frankreich oder Großbritannien, Pakistan, Israel oder Indien, usw. Alle anderen, die die „westlichen Werte“ nicht teilen, zählen zu den „bösen“,

Den besten Beitrag in Europa, in der EU, unser Atom-Nein und unsere Neutralität zu erhalten ist der, dass wir in Österreich unsere Hausaufgaben machen. Das heißt: Einstellung der Zahlungen an Eurofighter, bzw. deren zahlungsfreie sofortige Abbestellung, Austritt Österreichs aus EURATOM und IAEA, wie es ja eigentlich schon längst aufgrund des Atom-Neins von 1978 geschehen hätte müssen.

Die Bevölkerung ist schon längst dafür, wie auch wieder eine jüngste Umfrage des Linzer „market-Instiuts“ im Auftrag von „atomstopp_atomkraftfrei leben“ beweist: Fast zwei Drittel der ÖsterreicherInnen sind für einen Austritt aus EURATOM! Ein solcher Austritt ist nach Rechtsgutachten der Univ.-Prof. Dr. Wegener (Universität Nürnberg-Erlangen), Univ.-Prof. Dr. Manfred Rotter (Universität Linz) und Univ.-Prof. Dr. Michael Geistlinger (Universität Salzburg) rechtlich möglich!

Das wäre der beste Beitrag für ein atomfreies und neutrales Österreich und für ein atomfreies Europa, das die Politiker gerne im Munde führen. Das hätte – ähnlich wie das österreichische Nein zur Atomenergie – Beispielswirkung für die Bevölkerungen in anderen Ländern, die ebenfalls mehrheitlich die Atomenergienutzung ablehnen, aber mit „Atomausstieg“, oder mit „höhere EU-Sicherheitsstandards“ vertröstet bzw. mit der Propaganda, „Atomenergie verhindert Klimaerwärmung“ zum Schweigen gebracht werden sollen. Das ist so ähnlich, wie es in Österreich in Bezug auf Temelin mit dem sogenannten „Melker Prozess“ gelaufen ist und wie es jetzt wieder unter dem Titel „Völkerrechtsklage gegen Temelin“ läuft. Daher:

Österreich – raus aus EURATOM und IAEA!

Im übrigen wäre die Kooperation Österreichs mit anderen neutralen und atomfreien EU-Staaten der beste Beitrag zu Frieden und Atomfreiheit in Europa.

auch wenn sie noch gar keine Atomwaffen haben, wie etwa der Iran. Die USA haben das weitaus größte Rüstungsbudget (660 Milliarden Dollar!), die bei weitem meisten Atomwaffen und bedrohen andere Länder damit. Großbritannien hat erst unlängst beschlossen, 30 Milliarden Euro in die „Modernisierung“ seines Atomwaffenarsenals zu stecken ...

Und was macht die Regierung des neutralen Österreich? Durch die geplanten neuen US-Stützpunkte in Polen und Tschechien, die von der dortigen Bevölkerung zu 60 % und am geplanten Standort zu über 80 % abgelehnt werden, sieht Bundeskanzler Gusenbauer „Österreich als neutrales Land nicht bedroht“ und schlägt vor, dieses Problem durch Einbindung in die NATO bzw. in den NATO-Russland-Rat zu lösen (Kronen-Zeitung, 6.3.07).

Letzteres hat die deutsche Kanzlerin Merkel nach ihrem Besuch in Polen „erreicht“. Lob dafür kommt ausgerechnet von Gusenbauer, der zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft meinte, dass diese ein „echter Glücksfall für die EU“ und das Vorgehen von Kanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier ein „Stabilitätsanker für die EU“ sei (Presse, 19.3.07).

Für wen und für was macht sich da der österreichische Kanzler stark? Statt strikt eine Neutralitätspolitik zu betreiben, leistet der österreichische Bundeskanzler der USA-NATO-Politik und Deutschlands Interessen Vorschub. Darin besteht eine Gefahr für unser Land.

SPÖ-ÖVP-Koalition:

Schwarze Politik im rosa Gewand

Seit Jänner hat Österreich eine neue, wieder SPÖ-geführte Regierung. Viele Erwartungen jener Menschen, die Blau-Schwarz nicht mehr wollten und SPÖ gewählt haben, sind schon im Vorfeld, bei den Regierungsverhandlungen, enttäuscht worden, viele erst recht nach der Regierungsbildung: Eurofighter und Studiengebühren bleiben. Der Pensionsraub wird nicht zurückgenommen, der Kündigungsschutz für Lehrlinge wird gelockert, die Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose verschärft, oder die Tagesarbeitszeit von 8 auf 10 bzw. 12 Stunden angehoben; die Menschen müssen noch „flexibler“ sein, das heißt, ihr Privat- und Familienleben den Firmeninteressen noch mehr unterordnen und fallen um die Überstundenzahlungen um. Statt einer echten Grundsicherung soll es eine „Mindestsicherung für alle, die es brauchen“ mit bloß 726 Euro geben und diese soll frühestens 2010 kommen (vor den nächsten Wahlen?). Die vor den Wahlen versprochene Rücknahme der Körperschaftssteuersenkung durch ÖVP-FPÖ oder gar eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer auf die Gewinne der Firmen, wurde sehr schnell fallen gelassen. Die geplante Abschaffung der Erbschaftssteuer begünstigt ebenfalls nur die Reichen. Wir sollen sparen, weil kein Geld da ist, aber die Regierung gibt den Reichen ein weiteres Steuergeschenk von bis zu 130 Millionen Euro im Jahr. Diese Summe entspricht z.B. 27 Millionen Mal einer Rezeptgebühr oder der Höhe der Studiengebühren für ein Jahr. In den Privatstiftungen sind schon jetzt 50 Milliarden Euro der Superreichen fast steuerfrei geparkt.

Dass die Unternehmervorgewinne explodieren, weiß jedes Kind und wird auch von der Politik nicht bestritten. Im Gegenteil: Sie hat vollends den Unternehmerspruch „Geht's der Wirtschaft gut, geht's den Menschen gut“ übernommen und handelt danach. Jetzt heißt die Devise „sozial Sparen“. Damit wird die bisherige Politik mit einem „sozialen“ Mäntelchen fortgesetzt (Beispiele siehe oben). Eine solche Augenauswischerei ist der Vorschlag von Minister Bartenstein (und zuvor von BZÖ-Westenthaler), doch die ArbeitnehmerInnen an den Gewinnen der Firmen zu beteiligen. Wohlweislich nicht durch bessere Arbeitsbedingungen,

Die Anbiederung an Kriegstreiber und ihre Unterstützer hat Österreich schon zweimal in einen großen Krieg hineingezogen. Statt die Neutralität zum positiven Beispiel zu machen, zieht uns unsere Regierung in die Krisen- und Kriegsspirale, die von Großmächten und Konzernen provoziert wird, hinein. Die immerwährende Neutralität, die die Lehre aus dem letzten Krieg war, darf nicht weiter untergraben werden. Nie mehr sollen österreichische SoldatInnen auf den Schlachtfeldern für Großmacht- und Konzerninteressen sterben.

kürzerer Arbeitszeit und höheren Einkommen, sondern durch sogenannte Mitarbeiterbeteiligung. Diese kommt aber nur für jene in Frage, die schon Geld haben, bindet auf Gedeih und Verderb an die Firma. Meist kann man einseitig nicht oder nur mit Verlust aussteigen, die „garantierte“ Gewinnbeteiligung hält sich in Grenzen, mitreden kann man nichts, und meist ist der Aktienwerb mit einem gleichzeitigen Lohnverzicht verbunden. Das sind die „sozialen“ Vorstellungen der Unternehmer. Von Unternehmern erwartet man nichts anderes. Dass aber die SPÖ und auch ÖGB und AK solche Lösungen propagieren zeigt, wie weit diese schon auf die Seite der Unternehmer gewechselt haben.

Tatsache aber ist und bleibt: ohne Umverteilung von oben nach unten wird es keine Verbesserungen für uns arbeitende Menschen geben.

Es bleibt aber bei der Umverteilung von unten nach oben. Denn SPÖ-Chef und Bundeskanzler Gusenbauer trägt diese Politik gegen die arbeitenden Menschen an führender Stelle mit. Trotzdem er erntet dazu den Hohn und weitere Angriffe durch ÖVP und Unternehmer, die auf alles losgehen, was noch als „sozial“ gilt. Diese fühlen sich nämlich durch so eine „schwarze Politik im rosa Gewand“ erst recht zu neuen Angriffen ermutigt. Für diese ist Gusenbauer noch immer zu „sozial“.

In Wirklichkeit will die Wirtschaft nur einen waschechten Kapitalvertreter akzeptieren und auch die letzten Reste von sozialen Errungenschaften abschaffen. Das zeigten zuletzt die Vorgänge um die Betriebsratswahl bei KiK. Dort gab es bis jetzt keinen Betriebsrat. Als sich ein Beschäftigter dafür tätig einsetzte, wurde er von den KiK-Chefs gekündigt und ihm Hausverbot erteilt. Beides, weil so offenkundig, ging beim Arbeitsgericht nicht durch. Als die Betriebsratswahl nicht mehr zu verhindern war, strich der Wahlvorstand, der nur aus obersten Angestellten von KiK zusammengesetzt war, den erfolgreichsten Kandidaten von der Liste. Das ließ das Arbeitsgericht zu. Jetzt wird die Wahl angefochten. Auch bei der Konditorei-Kette Aida soll ein Betriebsrat verhindert werden. Zuvor hat Aida den Kollektivvertrag gewechselt, was bei vielen MitarbeiterInnen Einbußen von bis zu 200 Euro im Monat zur Folge hat. Oder der völlige Ausverkauf von Böhler-Uddeholm. Usw. usf. ...

All dies zeigt, wie dringend nötig eine echte Vertretung der Interessen der arbeitenden Menschen durch Politik und Gewerkschaft ist. Doch sowohl die neue SPÖ-geführte Regierung, als auch der ÖGB nach dem „Reformkongress“, halten eher der Wirtschaft als ihren Wählern bzw. Mitgliedern die Stange (Stichwort „Sozialpartnerschaft“). Die innere Schwäche bzw.

Verrottetheit von SPÖ- und ÖGB-Führung, deren sozial verbrämte Unternehmerpolitik und nicht deren „soziale Politik“ ist es, was die Unternehmenseite zu neuen Angriffen starten lässt. Denn so eine Politik bzw. Vertretung macht die Wirtschaftsseite stärker und die arbeitenden Menschen schwächer.

Post wird teurer - Spendenaufruf!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken herzlich für die Zuschriften und Spenden. Im Sinne unserer gemeinsamen Sache sind wir verstärkt auf Ihre Mitarbeit und finanzielle Unterstützung angewiesen.

Damit die Post noch mehr Gewinne schreiben kann, baute und baut sie Personal ab, erhöht den Arbeitsdruck auf die Beschäftigten, schießt Postämter und erhöht die Gebühren für die Kleinen – so auch für den Postzeitungsversand von Vereinen usw. (Info-Mails). So kosten seit 1. Jänner 2007 auch die Retoursendungen unserer Aussendungen etwas, nämlich 28 Cent (unter 50 Gramm) bzw. 36 Cent (über 50 Gramm) je Info-Blatt, das als unzustellbar retour kommt. Daher unsere Bitte: Teilen Sie uns rechtzeitig Adressänderungen, Änderungen von Straßennamen, Hausnummern, Postleitzahlen mit, oder wenn am Adresskleber ein Fehler vorhanden ist, oder Sie unsere Zusendungen nicht mehr erhalten wollen.

Da die Post immer teurer wird, wollen wir mehr Infos per E-Mail und Internet abwickeln – dazu benötigen wir Ihre E-Mail-Adresse. Wer daran Interesse hat, gibt uns diese bekannt unter:

ggae@gmx.at

Mit kollegialen Grüßen

„GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“

Neue Post-Anschrift und E-Mail-Adresse

Gewerkschafter gegen Atomenergie

Stiftgasse 8, 1070 Wien

ggae@gmx.at

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S** – ZVR 100322133

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie. **Kontaktadresse:** Stiftgasse 8, 1070 Wien. **E-mail - NEU:** ggae@gmx.at

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 Prozent der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriff, H. Tschida,